

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 38, Dezember 2007

1983 – 2008 25 Jahre „Seltsame Heilige“

Das Wort „Jubiläum“ ruft für gewöhnlich den Gedanken an etwas Festliches hervor. An etwas, das es zu feiern gilt. Wie passt dieses Bild auf „25 Jahre Netzwerk-Friedenssteuer“ (anfangs FSI / Friedenssteuer-Initiative genannt)? Haben wir etwas vorzuweisen, über das man „jubeln“ kann - Erfolge etwa?

Da wir erst seit so kurzem - gemessen an der Militärgeschichte der Menschheit - an einem der dicksten Bretter der Welt bohren, ist es nicht verwunderlich, dass äußerliche Erfolge noch nicht so sichtbar sind. Warum dann doch feiern?

Nach 25 Jahren hat die erste Stafette den Bohrer weitergegeben. Die Zweite baut nun komfortabel auf der guten Vorarbeit auf und ruft: Menschen, macht mit, wir haben gute Instrumente – lasst uns in die Breite gehen!

Wir feiern also den gesamten Einsatz aller „Friedenssteuerleute“ der ersten 25 Jahre. Gemeinsam haben sie die erste Strecke eines langen Weges im zähen Dickicht des Glaubens an Konfliktlösung durch Gewalt - und damit an Militärsteuerepflicht - freigelegt.

Wir feiern, dass der Anfang gemacht wurde; Martin Arnold beschreibt ihn im nachfolgenden Arti-

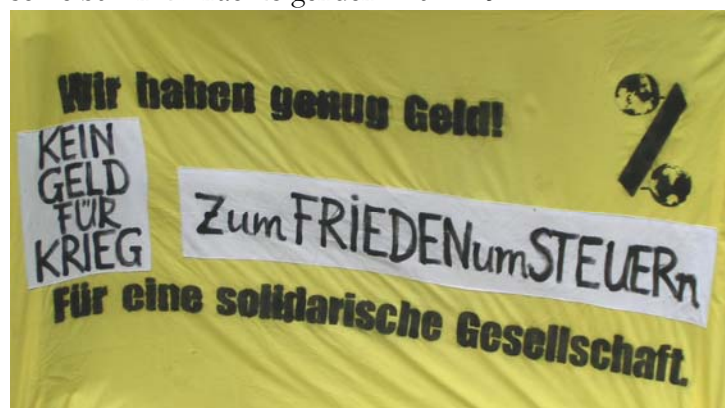


kel aus eigenem Erleben.

Wir laden alle LeserInnen ganz herzlich ein, am 29. Februar 2008 nach Rotenburg an der Fulda zu kommen. Dort begehen wir dieses Jubiläum mit einem Konzert von Gerhard Schöne – genau! – dem überall, aber besonders in der Friedensbewegung beliebten Liedemacher, der in seinem Album *Seltsame Heilige* auch Günther Lott ein Lied

widmete. Gerhard Schöne wird während des Konzertes unserem Anliegen besondere Aufmerksamkeit schenken. Am Samstag wird Otmar Steinbicker sprechen, Vereinsvorsitzender vom *Aachener Friedenspreis*, der Organisation, die unserem Netzwerk 1993 den Preis zuerkannte – vor 15 Jahren. Einzelheiten finden Sie in beiliegendem Falblatt, das gleichzeitig zu unserer Feier und zum anschließenden Jahrestreffen 2008 einlädt. Wir wünschen uns sehr, eine große Anzahl unserer LeserInnen und sonstiger „seltsamer Heiliger“ in Rotenburg begrüßen zu dürfen!

Gertie Brammer



Spruchband aus 2007:
Die Vernetzung schreitet voran

<u>Inhaltsübersicht:</u>	Seite
Rückblick	2
Spinnergeschichte	3
Kampagnenbericht	3
Veranstaltungen	4
Bericht Arbeitstreffen 2007	5
Vb-Mist (bitte was?), IMI	6
Bombodrom, Prozess Wiebach	8
Aachener Friedenspreis 2007	10
Strategiekonferenz	11
Kontaktadressen	12

Beilagen:

Einladung Jubiläum&Jahrestreffen	
2 Postkarten	
1 Auto-Aufkleber	
Jubiläums-Kalenderblatt	
1 Seite mit Brief-Aufklebern	
Aktionskarte der DFG-VK	

Aspekte meiner Militärsteuerverweigerung

Ein Rückblick auf die 80er und 90er Jahre

Das erste Treffen in Heidelberg war mir nur äußerlich zu weit weg. Wie Wolfgang Krauss und Günther Lott war ich als Kriegsdienstverweigerer im Herzen selbstverständlich auch Militärsteuerverweigerer. Warum kamen wir erst jetzt darauf? Nur Kfz-Steuer konnte ich selbst verweigern und wollte es tun – aber nicht still für mich, das war mir zu unpolitisch. Die zündende Idee für ein Aktionskonzept kam 1984 von Helmut Kind und anderen als „Bielefelder Wäscheleine“: „Wenn wir 30 Personen sind, erklären wir gemeinsam öffentlich, dass wir Krieg nicht weiter mit unserem Geld unterstützen und die Kfz-Steuer verweigern werden. Dafür sammeln wir in der Fußgängerzone Selbstverpflichtungen. Die ersten werden mit persönlichen Begründungen an einer Wäscheleine als Blickfang bekannt gemacht.“ Wir machten es in Essen nach und verbanden uns mit den bestehenden Initiativen.

Aufbruchstimmung. Die Gruppe wuchs. Birgit Berg formulierte, nachdem die große internationale Bewegung die Stationierung neuer US-Raketen ab Ende 1983 in Europa nicht hatte verhindern können: „Die Blütezeit der Friedensbewegung ist vorbei. Jetzt beginnt die Reifezeit.“ Mich beeindruckte neben anderen besonders die konsequente und bescheidene Haltung von Klaus Hecker und Ursula Löw. Ich sah das tatsächliche Nichtzahlen von Steuergeld mindestens als notwendige Stütze für ein mögliches Gesetz zur MSV aus Gewissensgründen an, für das ich mich dann u.a. mit Klaus Martin und Christa Voigt und Paul Tiedemann auch durch Gespräche mit Abgeordneten einsetzte (in drei Legislaturperioden wurden Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht). Wir entwickelten kreative Aktionsideen, Informationsmaterialien und Anleitungen zur Praxis: „Mit meinem Geld soll niemand töten: Reis statt Rüstung!“. Für jede der neuen Raketen 1 Pfennig an Geld verweigern und dafür dem Staat 250 g Reis geben, Mittel gegen Hunger, nicht gegen „Feinde“. Geldaufkleber „Nicht von meinen Steuern!“. „25% Rüstung“ werden durchgestrichen, die Idee kam aus den Niederlanden. Die Internationalen Konferenzen (seit 1986) waren sehr inspirierend und ermöglichten wichtige Begegnungen.

Das Ziel „Kein Geld für Krieg!“ einte die Gesetzesinitiative, die reine Verweigerungsaktion und die, die vor Gericht klagten; wie andere ging auch ich bis zum Bundesverfassungsgericht – ohne Erfolg. Unsere Anleitungen zur Steuerverweigerung anlässlich des Krieges gegen den Irak 1991 trugen zur Bildung neuer Gruppen bei, so dass aus der Friedenssteuerinitiative das *Netzwerk Friedenssteuer* wurde. Es erhielt 1993 den Aachener Friedenspreis. Das tat gut.

Das meiste trug ich zur Militär-Finanzierung über die Lohnsteuer bei. Diese wurde mir von meinem Arbeitgeber Kirche, der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR), abgezogen, die immerhin Kriegsdienstverweigerer offiziell unterstützt. Das sollte sie auch bei der MSV tun! Doch dieses Thema gab es in den großen Kirchen überhaupt nicht. Mir war klar:

- a) Um Unterstützung von der Kirche zu erreichen, müssen sich viele ChristInnen darum bemühen.
- b) Für eine Erfolgchance muss sich mindestens eine Person einige Jahre mit vollem Engagement dafür einsetzen.

Wollte ich diese Person sein? Wäre das nicht Hochmut? Reinhard Egel, der auch kirchlicher Mitarbeiter gewesen war, und ich formulierten 1985 den Aufruf

„Steuern zu Pflugscharen“, und ich legte mich fest: „Wenn in vier Wochen mindestens 10 Personen aus dem Bereich kirchlicher MitarbeiterInnen den Aufruf unterschrieben unterstützen, soll mir dies das Zeichen sein, dass ich es tun soll. Sonst nicht.“ In 14 Ta-

gen kamen mehr als 20 Unterschriften, einschließlich der von Dorothee Sölle. Für zehn Jahre, das nahm ich mir nun vor, bekam die Ökumenische Aktion „Steuern zu Pflugscharen!“ bei mir Vorrang vor allen anderen öffentlichen Engagements.

Erst ließ die EKiR ohne Gespräch die Lohnpfindung des von mir verweigerten Kfz-Steueranteils zu. Wir sammelten Unterschriften (bis 1995 mehr als 1100). Mitarbeiterinnen aus verschiedenen Kirchen, auch aus der katholischen, trafen sich lokal, regional und bundesweit. Rundbriefe und Broschüren, z.B. mit kirchlichen Dokumenten zur MSV aus der ganzen Welt, wurden wichtige Medien. Das Eis in der Kirche schmolz 1988 durch das Zeugnis der QuäkerInnen Ursula und Arthur Windsor: Nach den ersten offiziellen Gesprächen gab die EKiR ein Gutachten in Auftrag, führte ein Seminar mit uns durch und fragte nach unseren Erwartungen.

Schon vorher fassten andere kirchliche Gremien in Deutschland Beschlüsse zur MSV. 1994 beschloss die Evangelische Kirche in Deutschland, sie könne MSV respektieren, sich gegen Diskriminierung einsetzen und das Gespräch müsse weitergeführt werden; ähnlich entschied danach auch die EKiR.

MSV ist eine gütekräftige Möglichkeit des Engagements gegen Krieg: Bei mir selbst beginnen. Seit 1997 setze ich mich für die Erforschung der Gütekraft ein, um ihre Möglichkeiten unter uns allen, auch bei mir, klarer und bewusster zu machen, vgl. www.guetekraft.net.

Martin Arnold



Bist du ein Spinner?

Hier folgt die dritte „Spinner-Geschichte“ einer Person, die viel Zeit und Energie in die Vision eines Zivilsteuergesetzes gesteckt hat.

Mitglied in unserer AG Gesetzesinitiative, immer da bei den bundesweiten und internationalen Treffen, gerne mit Orgel- und Klaviermusik für gute Atmosphäre sorgend. Bald 70 Jahre alt, wird sie nun nicht mehr „automatisch“ immer alles mitmachen: Gudrun Rehmann.

Ein reales Gespinst

Ja, ich bin auch so eine Spinnerin, die sich weigern möchte, von ihren Steuern Rüstung und Militär mitzufinanzieren.

Einiges habe ich versucht, um diesem Ziele näher zu kommen: Ich habe einen Teil meiner Steuern zurückgehalten und mit dem Finanzamt und –gericht deswegen gekämpft. Ich habe Bundestagsabgeordnete in meinem Wahlkreis und in Berlin angesprochen und sie in diese Thematik verwickelt. Ich habe Vorträge gehalten, Leserbriefe und Artikel zur Kriegssteuerverweigerung geschrieben, Unterschriften zum Thema gesammelt und dabei unendlich viele Gespräche geführt.

Da mir meine Steuern am Ende doch in voller Höhe abgenommen wurden, habe ich dafür gesorgt, möglichst wenig zu verdienen und zu verbrauchen; so hielten sich die Abgaben in Grenzen.

Natürlich habe ich auch auf sonstigen Wegen versucht, den Frieden zu befördern: In meinem Umgang mit den anderen Menschen, von denen sich viele in Krisenlagen befinden (Gefangene, Flüchtlinge, Arme), und da überschlagen die Wellen sich schnell. Ich nehme an Kundgebungen teil, unterstütze Friedensgruppen, verfolge die Friedensforschung.

Bei all dem weiß ich, dass es ein Tropfen auf heißem Stein ist – eine Spinnererei?

Ich bleibe ihr treu, ich könnte gar nicht anders. Zwei Sichtweisen helfen mir dabei. Da ist einmal ein oft zitiertes jüdisches Sprichwort: „Wer einen Menschen rettet, rettet die ganze Welt.“ Schön wär’s, aber: Ein Anfang muss gemacht werden. Dann gibt es den englischen Naturwissenschaftler Rupert Sheldrake mit seinem Buch „Das Gedächtnis der Natur“. Er beschreibt darin seine Forschungen und Erkenntnisse über Lernen, Entwicklung, Fortschritt. Sie können so zusammengefasst werden: Alles, was getan wird, hinterlässt ein „Muster“ – je länger, desto deutlicher. Jeder Handelnde gerät in den „Schwingungskreis“, in die „Fußstapfen“ derer, die vor ihm gehandelt haben – über Zeit und Raum hinweg. Dadurch erfährt er Unterstützung und unterstützt seinerseits (ohne es vielleicht zu wissen) die Bemühungen von Menschen, die zur gleichen Zeit oder später so handeln wie er. Sheldrake beschreibt und belegt das im Einzelnen. Meine Folgerungen daraus: Nichts von dem, was ich tue (auch wenn niemand davon weiß), ist verloren. Ich wirke mit an einem „Gespinst“. Ja, ich will weiterspinnen.

Gudrun Rehmann



Gudrun Rehmann am Klavier mit Netzwerk-Chor

Kampagnenbericht

In der vorigen Ausgabe gaben wir unseren neuen Kampagnenplan bekannt. Wie steht es um die Durchführung? Der Reihe nach:

Die **Website** wird regelmäßig besucht (bis jetzt gut 53.000 Mal!).

Autoaufkleber (1 Euro) und **Postkarte** (25 Cent) legen wir dieser Nummer bei; sie werden gut nachgefragt und verwendet. Zusätzlich auch ein **Jubiläums-Kalenderblatt 2008** mit Referenten-Adressen auf der Rückseite, zur Anregung von Veranstaltungen. Alles nachzubestellen bei Friedrich Heilmann.

Wir waren bei dem **G8-Gegengipfel** dabei (01. 06.-07. 06. 2007).

Michael Held war schon am Vortag zur Großdemonstration mit ca. 700 anderen auf das „Bombodrom“ einge-

drungen. Es gab dort so gut wie keinen Widerstand seitens der Polizei. Nachdem der alte Kommandoturm (s. Foto S. 5 unten) ganz rosa angestrichen worden war, wurde auf dem Gelände übernachtet. Am nächsten Tag kamen alle nach Rostock.

Auch Uta Pfefferle und Gertie Brammer demonstrierten für das *Netzwerk Friedenssteuer* mehrere Tage lang und blockierten zusammen mit Tobias Pflüger und hunderten anderen den Flughafen Laage. Während dessen sammelten sie Unterschriften und führten viele Gespräche. Es gab zwar viel Ärger (Sie werden es aus den Medien wissen), aber noch sehr viel mehr Positives, das von den Medien leider viel schwächer aufgenommen wurde. Im Laufe der Tage wurde das aber besser. Auch Else Tonke, Wolf-Dieter Wiebach und Christel Spenn wurden gesichtet. Die Ostseezeitung brachte eine ganze Seite mit

Porträts von Demonstrierenden, die eine deutliche Botschaft mitgebracht hatten, darunter auch eins von Gertie



mit (sehr) kurzer Beschreibung unseres Themas, platziert neben dem Foto des Alternativ-Nobelpreisträgers Walden Bello – gutes Omen für das Netzwerk? Friedrich Heilmann hat das Netzwerk bei Gegenveranstaltungen bzw. Workshops zum G8-Gipfel repräsentiert und dabei nützliche Kontakte zu fünf Bundes- und Europa-PolitikerInnen geknüpft.

Vom 06. - 10. Juni hatten wir auch wieder einen Stand auf dem **evang. Kirchentag**, organisiert von Hannelore Morgenstern mit einem Standteam von insgesamt 11 Friedenssteuerleuten. Michael Held wechselte sogar unermüdbar von Rostock schnell nach Köln!

Mehr als früher fiel die Befürchtung von Besuchern auf, dass die Bundeswehr abgeschafft werden könnte (was nicht unser Ziel ist! - wo wir allerdings auch nichts dagegen hätten, wenn sie denn auf demokratischem Wege vor Schwäche einginge), wenn unser Zivilsteuergesetz umgesetzt würde. Wie stark doch die Angst vor „Ohne Rüstung Leben“ in den Köpfen steckt. Auch kamen weniger Unterschriften zusammen und wurde weniger In-

fomaterial mitgenommen. Dagegen konnte mehreren Besuchern Ideen mitgegeben werden, wie sie zu Hause das Thema anderen vorstellen können (Schülern aller Schularten und Gemeindegruppen).

Veranstaltungen: s. Kasten unten.

Beratung mit der Kooperation für den Frieden: Bereitschaft ist da, der Termin musste aber auf 2008 verschoben werden.

Erstellung eines Videos: Leider haben wir für die Finanzierung eine Absage von der Bewegungsstiftung bekommen. Wir suchen weiter nach Finanzierungsmöglichkeiten. Wer uns da weiterhelfen kann – mit Spenden oder Kontakten - bitte Kontakt aufnehmen mit Friedrich Heilmann.

Friedensdekade im November: Da haben wir leider noch keine Rückmeldungen bekommen.

Lobbyarbeit: Nach einer ersten Anfrage meldeten sich 12 Personen für die Lobbyarbeit. Sie bekamen unterstützende Materialien und im Moment laufen die Terminanfragen bei den Bundestagsabgeordneten. Eine weitere Anfragen-Runde steht im Dezember an. Wir würden uns natürlich auch sehr freuen über spontane Anmeldungen aus unserer Leserschaft!

Achtung, liebe Lobbyleute: Auf der Website finden Sie jetzt Kurzfassungen der Gutachten zum Zivilkonzept; auch die deutsche Fassung des CPTI-Faltblattes finden Sie dort.

Veranstaltungen

Liebe LeserInnen, wir möchten Sie gerne dazu ermutigen, vor Ort Veranstaltungen zu unserem Thema zu organisieren. Sie können vielleicht Vorträge halten – oder halten lassen; wir stellen gerne Referenten!* – wenn Sie bei Ortsvereinen der DFG-VK (*Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*) oder anderen Gruppen anknüpfen. Kirchengemeinden, Friedensforen, Sozialforen, Ortsvereine der Parteien – diese stehen öfters Themen „von außen“ aufgeschlossen gegenüber. Für die Öffentlichkeitsarbeit können Sie Tipps einholen bei Friedrich Heilmann und Gertie Brammer. Beispiele für Vortrags-Texte sammeln wir und stellen sie auf die Website. Hier unten beschreiben wir einige Veranstaltungen, die schon gelaufen sind oder bald stattfinden werden. Lassen Sie sich inspirieren!

* Sie finden alle Referenten mit Adressen auf der Rückseite des beigelegten Kalenderblattes.

Radiosendung in München

Thomas Rödl (DFG-München) machte es möglich, dass die Regionalgruppe Bayern sich eine Stunde lang bei Radio Lora (München) vorstellen konnte. Thomas interviewte selber, die Antworten kamen von Sepp und Katharina Rottmayr so wie Ulla Klotz. Bei der Musik zwischendurch spielte Sepp Rottmayr Jr. mit (bei den *Cuba Boarischen*). Radio Lora ist ein kleiner freier Sender, aber der ist immerhin in München

bekannter als unser Netzwerk. Beide „Parteien“ – unser Netzwerk und die DFG – kamen ausführlich zu Wort. Dabei stellte sich unsere enge Verwandtschaft deutlich heraus. Kriegsdienstverweigerung und Militärsteuerverweigerung: zwei Seiten der gleichen Medaille! Das Interview ist auf der Website zu hören: www.netzwerk-friedenssteuer.de, unter „aktuell im Netzwerk/Tondokumente“.

Gemeinsamer Workshop in Stuttgart

Roland Blach (DFG-Stuttgart) hat sich jahrelang stark für ein Mahnmal für die Deserteure des 2. Weltkrieges eingesetzt. Im August 07 wurde es enthüllt, Gertie Brammer nahm teil. Dort erfuhr sie über eine Veranstaltung zum Thema Afghanistan, ging hin und bekam spontan Gelegenheit, unser Thema vorzustellen. Bei der Gelegenheit wiederum lernte sie Menschen kennen, die ein neues Stuttgarter Netz für Gruppen knüpfen, die gemeinsam alljährlich einen *Global Action Day* organisieren werden. In immer mehr Großstädten in Deutschland und international wird dieser Tag organisiert; er geht aus den Sozialforen hervor. Ein Großteil der an den Welt- und Landes-Sozialforen Interessierten kann zu diesen Großveranstaltungen nicht hin reisen. Also organisiert man sie nun vor Ort – kleiner und überschaubarer, wie einen „Markt der Möglichkeiten“ vor der Haustür. Der nächste *Global Action Day* findet international am Samstag, dem 26. Januar 2008 statt, mit einem Auftakt am Freitagabend. Gertie wird in Stuttgart mit einem Workshop und einem Infotisch teilnehmen (im Rathaus; Eröffnung mit Bürgermeister). Und wer bat um Zusammenarbeit in ihrem Workshop? – DFG-Stuttgart! So schloss sich der Kreis. Thema: Das Menschenrecht, sich dem Krieg zu verweigern, sowohl mit der Waffe als auch mit der Steuer.

Zweites deutsches Sozialforum in Cottbus

Christel Spann war im Oktober 07 dabei und berichtet ebenfalls über die Wichtigkeit, sich mit anderen Gruppen zu treffen, um die Zusammenhänge der einzelnen Gruppen-Themen gemeinsam anzuschauen. Diese Zusammenhänge müssen weiter vermittelt werden. Auch die Kooperation bei den G8-Blockaden in Rostock mit den verschiedensten Gruppen hat dieses Interesse verstärkt. Gemeinsam sollten wir auch gegen den „neuen“ EU-Reformvertrag vorgehen, weil dieser inhaltlich nichts anderes als den abgelehnten EU-Verfassungsvertrag darstellt. Da gibt es überdeutlich und verstärkt Vorrang für das Militär. Ohne Abstimmung durch die Bevölkerung. (www.reformvertrag.de)

Fernsehsendung in Berlin

Hartmut Noack, Redakteur des Fernsehsenders „OKB“, bot uns an, das Netzwerk Friedenssteuer innerhalb einer Abendsendung vorzustellen. Ich muss gestehen, dass ich bis zu diesem Zeitpunkt noch nichts vom „OKB“ gehört hatte. Hartmut Noack klärte uns auf: Der *Offene Kanal Berlin* bietet seit August 1985 Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, eigene Sendungen auszustrahlen. Initiativen, Stiftungen, Vereine usw. können somit ihre Anliegen öffentlich machen. Solche Sender, die in allen Bundesländern und in mehreren Städten existieren (s. *Radio Lora*, München), werden zum Teil mit Geldern der Rundfunkgebühren betrieben.

So haben mit mir Friedrich Heilmann und Wolf-Dieter Wiebach am 16. 10. 2007 von 21.00 - 21.30 Uhr im OKB die Arbeit des Netzwerkes ebenso wie *CPTI* und *Peace Tax Seven* (mit DVD-Ausschnitten) vorgestellt. Wir haben auch über das Konzept eines Zivilsteuergesetzes informiert. Wolf-Dieter Wiebach wurde anschließend über seinen Prozess (s. Bericht Seite 8) und sein langjähriges Friedensengagement interviewt.

Nach der Sendung hatten wir das Gefühl, dass die Zeit viel zu kurz war, bzw. wir es nicht geschafft haben, unser Anliegen so kurz wie möglich darzustellen (offensichtlich ein Nachteil von Live Sendungen). Ja, vieles hätten wir in der Tat besser zum Ausdruck bringen können, sollen, müssen!

Reaktionen haben wir leider keine erhalten. Ist es vielleicht so, dass viele zwar wollen, dass es solche „Offenen Kanäle“ gibt, dass sie diese aber selbst nicht unbedingt einschalten (so wie es mir ja auch vorher ging)? Ich denke, wir müssen noch mehr als bisher in die Öffentlichkeit gehen, um Menschen auf den Zusammenhang von Geld, Krieg und Gewissen aufmerksam zu machen. Deshalb freue ich mich, dass die Sendung überhaupt stattgefunden hat, dass wir diese Möglichkeit nicht ungenutzt ließen. Es kann ja doch sein, dass einige wenige ZuschauerInnen immerhin zum Nachdenken gekommen sind. Warum eigentlich nicht? Vielleicht kommen wir ja doch mal „in die erste Reihe“ und **dann** gibt es sicher ganz viele Reaktionen! Und noch eins: Schalten Sie doch einfach öfter einmal Ihre regionalen „Offenen Kanäle“ ein. Sie können dort tatsächlich „dem Volk auf das Maul“ schauen!

Gisela Lattmann-Kieser

Unsere Regionalgruppe trifft sich in der Evangelischen Advent-Kirchengemeinde in Berlin, Prenzlauer Berg. Wir freuen uns auf neue Interessierte (Kontakt: Gisela Lattmann-Kieser: 030/4251860, gisela-lmk@web.de).



Kommandoturm auf dem Bombodrom

Bericht vom bundesweiten Treffen in Köln

19. - 21. Oktober 2007

Das Arbeitstreffen in Köln (ohne öffentliche Veranstaltung und neue Interessenten) war das erste der neuen „Stafette“. Ungeohnt einerseits, weil bekannte, geliebte Gesichter erstmals nicht dabei waren; andererseits gewohnt engagiert und mit als Trost: dem Gesicht eines neuen Aktiven.



Der Großteil dessen, was zu berichten ist, wurde schon in den Kampagnenbericht (Seite 4) und in die „Rechtsabteilung“ (Seite 6) untergebracht. Ansonsten stichwortmäßig:

- Die neue Vb-Mist-Gruppe wurde vorgestellt, die sich u.a. auch mit der **Bedeutung des EU-Reformvertrags** für unser Anliegen beschäftigt.
- Beschluss: die AG Gesetzesinitiative sucht Fachleute für die **Formulierung eines Textes für den Gesetzesentwurf nach unserem Konzept**. Geschätzte Kosten für 2007 und 2008 jeweils 2.500 Euro.
- AG Steuern zu Pflugscharen versucht, die **Diskussion über MSV in den beiden Großkirchen** wieder zu beleben, aufbauend auf den positiven Schriften, die es diesbezüglich schon seit 1994 (ev. Kirche: „Schritte auf dem Weg des Friedens“) und 2000 (kath. Kirche: „Gerechter Frieden“) gibt. Die AG steht in Briefwechsel mit den höheren kirchlichen Funktionären. Hoffnung besteht, in Zusammenarbeit mit dem OeNiD (Ökumenisches Netz in Deutschland, Kontaktperson Michael Held) hier einen Schritt weiter zu kommen.

Gertie Brammer

Unsere „Rechtsabteilung“ hat diesmal viel zu berichten. Diesen Sommer gab es insgesamt vier wichtige Ereignisse.

„VB-MIST – WAS SONST?“

dachten einige FriedenssteueraktivInnen und gründeten am 6. Juni 2007 in München die Gruppe „Verfassungsbeschwerde Militärsteuer“ (Vb-Mist) mit dem Ziel, ein Zivilsteuergesetz über den Weg einer Verfassungsbeschwerde durchzusetzen.

Am 6. Juni 2007 trafen sich die Mitglieder der Klägergruppe (Albert Blattmann, Salzwedel-Dambeck; Marduk Buscher, Baden-Baden; Kurt Büttler, Landshut; Annette Habert, München; Dr. Brigitte Janus, Nürnberg; Ulla Klotz, München; Günther Lott, Rauenberg; Dr. Klaus-Dieter Preis, Gößweinsteinsten und Sepp Rottmayr, München) in München und gründeten die Projektgruppe Vb-Mist. Wir haben zum Teil jahrelange Erfahrung mit der Verweigerung der Militärsteuer und den Finanzgerichten und engagieren uns auch im Netzwerk Friedenssteuer.

Erste Überlegungen kreisten um die Frage, wogegen wir am sinnvollsten unsere Verfassungsbeschwerde richten. Alle waren dafür, gegen ein relevantes Haushaltsgesetz zu klagen, weil die Steuerverwendung gemäß dem Haushalt unsere Gewissen verletzt. Wir diskutierten aber auch den Weg über ein Verwaltungsgericht zu gehen. Dabei wurde sehr schnell klar, dass wir kompetente juristische Stellungnahmen zu unserem Vorhaben brauchen. Bis zum zweiten Treffen am 17. Oktober 2007 sollten verschiedene Rechtsanwälte - auch wegen einer möglichen juristischen Vertretung - angefragt werden.

Natürlich mussten wir auch über Geld reden. Damit wir ein wenig über finanzielle Mittel verfügen, beschlossenen wir, dass jeder von uns eine Spende von € 100,- auf das Netzwerkkonto überweisen möge.

Bei dem zweiten Treffen im Oktober erfuhren wir dann, was die angefragten Juristen zu unserem Vorhaben so meinten. Neben wichtigen Anregungen gab es auch

den einen oder anderen ermutigenden Hinweis. Wichtig war uns aber die Entdeckung im Merkblatt über die Verfassungsbeschwerde, dass vor unserer Verfassungsbeschwerde noch ein Zwischenschritt möglich sein müsste, der eventuelle Schwachstellen unserer Verfassungsbeschwerde ersichtlich machen würde. Dies wollen wir genauer prüfen lassen und hoffen, dass wir im neuen Jahr juristisch Exaktes in den *Netzwerk-Nachrichten* veröffentlichen und ein Infoblatt über unser Vorhaben beilegen können.

Aber eines ist für uns jetzt schon klar: Wir brauchen einen fertigen Entwurf für ein Zivilsteuergesetz, der im Falle eines Erfolgs beim Bundesverfassungsgericht sofort den zuständigen politischen Stellen zugeleitet werden kann.

Zum Schluss noch etwas Persönliches zur Klägergruppe: Bei aller Ernsthaftigkeit der Thematik sind wir ein fröhlicher Haufen, der auch Spaß an der Sache hat und entspannt - wie sollte es anders sein in dem Verwöhnambiente der Ulla Klotz - nach Formulierungen sucht, wie dies die Namensgebung unseres Projekts beweist.

Ach - Sie finden die Bezeichnung des Projekts etwas anrühlich? Dann geht es Ihnen wie uns. Wir finden die Militärsteuer einfach anrühlich und warum sollen wir nicht Mist nennen was in unseren Augen Mist ist. Kontakt: 0871-74736, k.buettler@gmx.de

Kurt Büttler

IMI – Gemein, aber nützlich !

Anfang Juli d.J. schreckte uns und die ganze deutsche Friedensbewegung die Nachricht auf, dass das Finanzamt Tübingen dem Verein IMI / *Informationsstelle Militarisierung e.V.*, die Gemeinnützigkeit aberkennen wollte und zwar rückwirkend bis 2001. Darüber hinaus beabsichtigte das Finanzamt, IMI für die ihm entgangenen Steuern mit 40% auf alle Spendeneinnahmen seit 2001 haftbar zu machen. Begründung: Eine nicht näher bezeichnete Behörde hätte Zweifel an der Verfassungstreue des Vereins erhoben. Das Finanzamt als williger Helfer stellte dann darauf ab, dass die IMI zu viel Tagespolitik mache und dies nicht gemeinnützig sei.



Daraufhin haben viele Gruppen aus der Friedensbewegung und auch Einzelpersonen ihre Solidarität mit IMI kundgetan. Auch der Vorstand vom *Netzwerk Friedenssteuer* schickte einen Brief, den wir hier abdrucken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der IMI,

31.07.07

zunächst nutzen wir diesen konkreten Streit zwischen IMI und Finanzamt, um Euch unseren Dank und Respekt für Eure wertvolle Arbeit auszusprechen, von der wir alle profitieren.

Auch wir sind ein Verein mit den Zwecken der Völkerverständigung, der Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie der Volksbildung – allerdings auf die konkrete Problemstellung “Persönliche Realisierung der Gewissensfreiheit” bei der Verweigerung der Mitfinanzierung aller militärischen und kriegerischen Zwecke spezialisiert. Was die IMI heute trifft, könnte morgen unser eigenes Problem sein, und noch zahlloser weiterer Vereine in der Friedensbewegung. Deshalb müssen und wollen wir uns äußern.

Eigentlich ist es “unmöglich”, die Gemeinnützigkeit rückwirkend aberkennen zu wollen – und dann auch noch für einen Zeitraum von 6 ½ Jahren. Wir betrachten dies als Vertragsbruch zwischen einem eingetragenen Verein und dem Finanzamt und folglich zusätzlich zwischen dem Verein und seinen SpenderInnen, den das Finanzamt zu verantworten hat.

Wenn auch der Sachverhalt “Tagespolitik versus Vereinszweck und Gemeinnützigkeit” bereits höchstrichterlich entschieden wurde, sehen wir in diesem Vorwurf einen uns alle betreffenden. Der Vorwurf mag juristisch abgewehrt werden müssen mit Bezug auf die Abgabenordnung und den Richterspruch, aber er kann grundsätzlich nicht akzeptiert werden.

Die Vereine der Friedensbewegung sind immer tagesaktuell und von der Sache, von den “Friedensfragen”, her auch immer politisch tätig. Wenn es das Gesetz zulässt, dass für unsere Arbeit die Gemeinnützigkeit anerkannt ist, hat eine Finanzbehörde die Gemeinnützigkeit aufgrund der praktischen Arbeit nicht plötzlich in Frage zu stellen. Es sei denn, sie will allen diesen Vereinen die Gemeinnützigkeit entziehen – ohne Gesetzesänderung. Es geht in aller unserer Arbeit nicht um die historische “Pax Romana”, sondern um den Frieden in der heutigen Welt, speziell um die deutsche (Mit-) Verantwortung an Krieg und Frieden. Schon die Vereinsgründung ist ein politischer Akt und folglich sind auch alle weiteren Vereinsaktivitäten politisch.

Im Sinne von Völkerverständigung und Bildung ist es zwingend nötig, sich auf aktuelle Sachverhalte zu beziehen. Wir wissen sehr genau von den Teilnehmenden unserer 2-Jahres-Konferenzen, dass sie – zumal wenn sie aus Staaten kommen, in denen die Gewissensfreiheit nicht wirklich anerkannt ist – auf Informationen und Reaktionen zum tagesaktuellen Geschehen angewiesen sind und um Fortführung dieser Informationsquelle bitten. Wir leisten unseren und Ihr Euren Teil dazu. Diese ausländischen Menschen schätzen unser aller Arbeit als Teil der Völkerverständigung.

Extrem beunruhigend ist, dass die IMI über das Finanzamt vom Zweifel an die Verfassungstreue des Vereins und von dessen Vorbringen durch eine nicht näher spezifizierte Behörde erfährt. Ein auf Umwegen lancierter, nicht bewiesener Vorwurf nennt man Denunziation – und das von einer staatlichen Stelle in einem Rechtsstaat. Diese Denunziation betrifft direkt wenigstens den Vorstand und die Beiratsmitglieder (26 Personen) der IMI. Aber sie verunglimpft auch alle SpenderInnen. Auch hierbei stehen alle Vereine der Friedensbewegung von jetzt ab in der gleichen Gefahr.

Besonders verwerflich und nicht neu in der deutschen Geschichte ist die Tatsache, dass solche vagen Vorwürfe dazu geeignet sind, alle anderen Vereine der Friedensbewegung zur Zurückhaltung aus Eigenschutz zu zwingen. Euer Einverständnis vorausgesetzt, werden wir die Zusammenschlüsse der Friedensbewegung bitten, öffentlich aktiv zu werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Netzwerk Friedenssteuer

Und wie ging diese Geschichte aus? Zitat von der IMI-Website (www.imi-online.de):

„Wir freuen uns mitteilen zu können, dass das Tübinger Finanzamt uns mittlerweile unseren Freistellungsbescheid und damit die GEMEINNÜTZIGKEIT WIEDERERTEILT hat.

Dem vorausgegangen war ein Gespräch mit dem Leiter des Finanzamtes und der zuständigen Mitarbeiter, zu dem es insbesondere aufgrund einer Flut von Schreiben in unserer Sache an das Finanzamt kam. Dabei wurde uns mitgeteilt, dass es das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg war, welches den ursprünglichen Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gegen uns in den Raum gestellt hatte, allerdings ohne diesen in irgendeiner Weise erhärten zu können. Auch wurde bestätigt, dass es ohne diesen Vorwurf nicht zu einer Überprüfung unserer Gemeinnützigkeit aufgrund unserer vermeintlich tagespolitischen Äußerungen gekommen wäre. Diese sei jedoch ordnungsgemäß verlaufen.

Wir danken Allen, die uns unmittelbar oder durch ein Schreiben an das Finanzamt ihre Solidarität ausgedrückt und damit entscheidend geholfen haben!“

Immer noch keine Bomben für das Bombodrom

Das Verwaltungsgericht Potsdam gab am 31.07.07 allen drei Musterklagen gegen die militärische Nutzung statt. Mit diesem Urteil wurde das Urteil der Vorinstanz zur sofortigen Inbetriebnahme durch die Bundeswehr aufgehoben.

Nur leider gibt der Kriegsminister immer noch keine Ruhe, was die 15. Geburtstagsfeier der FREIenHEIDE im August etwas trübte.

Helmut Adolf, aktiv sowohl bei FREIe HEIDE als bei unserem Netzwerk, sagte dazu: „Wer so viele Prozesse wie die Bundeswehr führen kann, hat zu viel Geld. Dagegen hat das Netzwerk Friedenssteuer ein Rezept.“



Sieben Prozesse und keine Ende



Am 21. 8. 07 fand in Cottbus der Prozess von Wolf-Dieter Wiebach gegen das Finanzamt Pankow / Weissenensee statt. Wolf-Dieters Erklärung hat den RichterInnen Eindruck gemacht. Wiglef Pürschel hat einen mündlichen Beitrag zur Rechtsentwicklung beigesteuert. Nichtsdestotrotz wurde auch diese – siebente! – Klage von Wolf-Dieter wieder abgewiesen.

Vom Netzwerk-Friedenssteuer waren noch mit dabei: Gisela Lattmann-Kieser, Else Tonke, Christel Spenn, Helmut Adolf, Günther Lott und Friedrich Heilmann, der die Pressearbeit dazu gemacht hat. Aus seiner Pressemitteilung:

„Während der Verhandlung wurde darauf hingewiesen, dass Steuern als eine Einheit aufzufassen sind und daher nicht geteilt auf einzelne Zwecke verwendet werden dürften. Auch sei das Finanzamt der falsche

Beklagte. Wolf-Dieter Wiebach: „Wenn es eine Gesetzeslücke gibt und meine Gewissensgründe quasi wie in einem Bermuda-Dreieck wegverhandelt werden, muss der Gesetzgeber tätig werden. Ich verlange vom Finanzamt, dies anzuerkennen.“ Auch die hilfsweise Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wurde mit Hinweis auf früher ergangene Urteile abgelehnt. Wolf-Dieter Wiebach: „Mit meiner Klage habe ich mir keine Illusion gemacht, diesen Prozess gewinnen zu können. Aber jedes Gericht hat die Möglichkeit, bei neuer Sachlage und unter neuen Gesichtspunkten neu zu entscheiden. Diese Chance will ich dem Rechtsstaat geben: Das Recht nicht nur zu wahren, sondern auch zu befördern, es weiter zu entwickeln. **Ich gebe die Hoffnung auch nach dem 7. Urteil nicht auf**, dass der Gewissensentscheidung Raum geschaffen wird, Militärsteuern nicht zahlen zu müssen, sondern sie zivilen Zwecken zukommen lassen zu dürfen.“

Weitere Klagen von Militärsteuerverweigernden aus Gewissensgründen werden folgen, die Mitglieder im Netzwerk Friedenssteuer lassen nicht locker.“

Hier der Bericht des überzeugten Wiederholungstäters.

Highlight

Diesen jüngsten Prozess (es war mein siebenter) sehe ich als ein „Highlight“ in meinem Engagement gegen Rüstung, Krieg und Militär. Nicht, dass ich nunmehr vor Gericht gewonnen hätte, nein: Wiederum wurde meine Klage abgewiesen. Es war vielmehr diese Solidarität, die ich von den Mitgliedern erfahren habe. Das fing frühmorgens schon so gut an: Die Rolltreppe zur Regionalbahn nach Cottbus hochkommend, erwartete mich auf dem Bahnsteig schon Else Tonke. Später stiegen Gisela Lattmann-Kieser und Helmut Adolf dazu. So brauchte ich nicht allein, leicht aufgeregten Herzens, nach Cottbus reisen. Mahnwache vor dem Finanzgericht, Interview mit einer Fernsehreporterin des rbb und dann der Prozess mit einer wohlwollenden vorsitzenden Richterin. Was mich tief bewegte war die Tatsache, das Günther Lott und Wiglef Pürschel aus dem Odenwald bzw. Frankfurt/M, so wie Christel Spenn aus Magdeburg extra wegen meines Prozesses angereist waren. War es ein Wunder, dass ich bei soviel Anteilnahme und Begleitung meine Argumente vor Gericht gut darlegen konnte? Sonst stand ich immer allein vor den Richtern und wurde kopfschüttelnd gefragt, wie ich denn auf die Idee kommen könnte, meine Steuern für's Militär zu verweigern.

Darauf meine Antwort immer wieder: Ich gebe mit dieser Klage meiner Gewissensnot Ausdruck, dass ich nicht mit meinen Steuern eine Institution unterstützen will, deren einzige Aufgabe es ist, Menschen zu töten, eine Organisation des massenhaften fabrikmäßigen Tötens (Eugen Drewermann). Auch gibt es nichts zu verteidigen. Denn in den vom Bundesminister für Verteidigung erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 wird offen zugegeben, dass es „eine Gefährdung des deutschen Staatsgebiets durch konventionelle Streitkräfte derzeit und auf absehbare Zeit nicht gibt“. 7.200 deutsche Soldaten befinden sich zurzeit im Ausland. Was machen die dort? Man soll uns doch nichts vormachen. Es geht um die Verteilung der letzten Ressourcen. Wir wollen die Rohstoffe. Wir wollen das Erdöl. Wir nehmen uns, was wir brauchen, denn wir haben jedes Recht dazu im Gefälle der Macht. Die Massenvernichtungswaffen stehen auf unserer Seite. Nennen will ich hier nur die Streu- und Splitterbomben, made bei Mercedes – siehe beiliegende Aktionspostkarte. Das alles will ich nicht mit meinen Steuern finanzieren.

Und so habe ich, ähnlich wie das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 21.06.05 im Prozess des Major Florian Pfaff, argumentiert: „Die Gewissensfreiheit (Art.4,1 GG) umfasst grundsätzlich auch die Freiheit, von der öffentlichen Gewalt – hier in Gestalt des Finanzamts – nicht verpflichtet zu werden, eine Institution des organisierten Tötens bzw. geplanten Massenmords zu unterstützen“.

Es spielte für das Gericht alles keine Rolle. Die Klage wurde abgewiesen, so wie auch mein hilfsweise gestellter Antrag, einen Beschluss zur Vorlage dieses Verfahrens an das Bundesverfassungsgericht nach Art.100 Abs.1 bzw. Abs.2 GG abzufassen.

Es war schon vorher abzusehen. Denn das Finanzgericht hatte mich schon im Vorhinein bewegen wollen, die Klage im Hinblick auf die jüngste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (Beschluss vom 09. 01. 02) und des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 21.08.07) zurückzuziehen. Denn – so die beiden höchsten Gerichte – es ist rechtlich nicht zu beanstanden, wenn die Finanzbehörde im Billigkeitsverfahren eine Steuerherabsetzung wegen der Art der Steuerverwendung – hier für Rüstung, Militär und einen möglichen Krieg – im Falle der Berufung auf die Freiheit des Gewissens ablehnt.

Ich will aber weiterhin meinem Gewissen folgen, das von der Botschaft des Mannes aus Nazareth (im ursprünglichen Sinne und nicht durch die Kirche verfälscht) geprägt ist. Wer mir vielleicht in meiner religiösen Richtung nicht folgen mag, kann die notwendige Widerstandskraft aus dem humanistischen Gedankengut eines Erich Fromm oder eines Bertrand Russell schöpfen. Ja, er kann sich sogar auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 1952 beziehen, der u.a. klar herausgestellt hat, dass „im Bewusstsein aller zivilisierten Völker bei allen Unterschieden ein gewisser Kernbereich des Rechts besteht, der von keinem Gesetz und keiner obrigkeitlichen Maßnahme verletzt werden kann. Er umfasst bestimmte, als unantastbar angesehene Grundsätze menschlichen Verhaltens, die sich bei allen Kulturvölkern auf dem Boden übereinstimmender sittlicher Grundlagen im Laufe der Zeit herausgebildet haben und als rechtlich verbindlich gelten“.

Und zu diesem Kernbereich des Rechts gehört nach meiner tiefen Überzeugung das Recht *jedes* Menschen auf Leben. Doch die Bundesrepublik gibt weiterhin jedes Jahr ca. 30 Milliarden Euro an Rüstung aus, Geld, das nicht nur nutzlos verpulvert wird, sondern noch viel schlimmer: Tod und Verderben über andere Menschen und Völker bringt.

Was ist zu tun? Wir werden weiterhin arbeiten für eine Welt ohne Militär, Rüstung und Krieg. Wir werden uns Mars an die Verse heften. Wir werden für die Verbreitung unserer Idee sorgen. Und dabei haben wir das Bild des Mannes – der Statue vor dem UN-Gebäude – vor Augen, der im Begriff ist, das Schwert kraftvoll zu einer Pflugschar umzuschmieden getreu der biblischen Vision „Schwerter zu Pflugscharen“ (Micha 4,3); in unserem Falle heißt das dann: „Steuern zu Pflugscharen“. Dabei begleiten uns die Worte Helmut Gollwitzers, dieses streitbaren christlichen Theologen: „Nicht ins Endlose wälzt sich der Strom der Weltgeschichte, dieser Strom von Blut und Tränen, von Morden und gemordet Werden. Der Sieg der Liebe wird diesem schrecklichen Strom ein Ende bereiten – ein Ende, in dem Gott abwischen wird alle Tränen von allen Augen, ein Ende, in dem der Tod abgetan sein wird und Gottes Liebe sein wird alles in allem“.

Wolf-Dieter Wiebach

20. Verleihung des Aachener Friedenspreises am 1. September 2007 an das kolumbianische Friedensdorf San José de Apartadó und Jupp Steinbusch, Direktor des Kinderzirkus Pinocchio



Erstmals berichten wir ausführlich über eine Preisverleihung durch den Verein, der 1993 auch unsere Netzwerks-Arbeit ausgezeichnet hat.

Der 50. Antikriegstag wurde in Aachen mit einer öffentlichen Kund-

gebung begangen, die unter der Federführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes etliche gesellschaftliche Akteure und eine überschaubare Zuhörerschaft nachmittags im Stadtzentrum zusammen führte – überwiegend ältere Menschen. Wie überall im Land galt auch hier der Schwerpunkt dem Protest gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Aber auch die Preisträger wurden hier schon der Öffentlichkeit vorgestellt.

Wohl geordnet zog diese Schar dann eine Viertelstunde zur Aula Carolina, dem Ort der Preisverleihung. Die mitgeführten Plakate teilten den einkaufenden Passanten mit, worum es den Demonstrierenden ging. Die Atmosphäre erschien mir freundlich interessiert – es gab keinen ablehnenden Zuruf, sondern Hinschauen und vereinzelt ein freundliches Winken.

Die Aula war gut gefüllt, es mögen 250 – 300 Menschen gewesen sein. Nach Begrüßung der RepräsentantInnen der ehemaligen Preisträger wurden Auszüge aus Grußworten verlesen; eines kam von Uri Avneri/Israel. Diese Regularien endeten mit dem Aufruf, beim Ausgang zu spenden und mit dem Versprechen des Vereins, diesen Spendenbetrag zu verdoppeln.

Otmar Steinbicker, der Vereinsvorsitzende, erwähnte beiläufig, dass es Neuerungen im Ablauf gäbe. Dazu gehörten die fürs geistige und körperliche Erholen sorgenden Tänze der Folklore-Gruppe „Herencia Latina“ - 20 Frauen und Männer -, die im Rahmen eines deutsch-kolumbianischen Projektes seit 4 Jahren für bessere Integration sorgen. Auch die Bürgermeisterin **Astrid Ströbele** begrüßte die Gäste und blieb die ganze Veranstaltung über.

Otmar Steinbicker dankte unter anderem der Presse, ohne deren sorgfältige

Berichterstattung der Aachener Friedenspreis nicht so populär geworden wäre – ein selten gehörtes Presse-lob. Allerdings hat das Presse-Echo zwei Seiten. Auch die kolumbianische Presse berichtete über die Preisverleihung an das Friedensdorf San José de Apartadó. Kaum kam Freude darüber auf, folgte der Mord an weiteren Dorfmitgliedern. Daraufhin gewann der Verein Außenminister Steinmeier, dagegen in Kolumbien zu intervenieren.

So kam es, dass die Preisempfänger ins Außenministerium eingeladen wurden. Dort sollte gesprochen werden über die Idee, eine Notrufnummer – ein Rotes Telefon – einzurichten und das Friedensdorf diplomatisch anzuerkennen. Würde Letzteres geschehen, hätten die ca. 50 Friedensgemeinden einen großen Sieg gegen das jahrzehntelange Morden errungen. Und noch etwas ist dem Verein gelungen: Die kolumbianischen Gäste waren kurz darauf auch Gast bei der EU-Kommission.

Auch andere, früher Ausgezeichnete Preisträger, haben es nicht so leicht: Bei den russischen Soldatenmüttern (Preisträger 2004) suchte das Militär nach versteckten Soldaten – zum Glück gelang es ihnen nicht, fündig zu werden. Der Verein protestierte dagegen in Russland.

In Deutschland protestierte er vor kurzem ebenfalls: Gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan. Da einige von ihnen aus Aachener Kasernen kommen, ist es nahe liegend, sich in dieser Stadt Sorgen um ihr Leben zu machen. Der Verein rief deswegen zur Teilnahme an der Großkundgebung am 15. September in Berlin auf und hat auch selber daran teilgenommen. Steinbicker wies auch darauf hin, dass vom 19. -20. Januar 08 der Verein Gastgeber für die



Konferenz der Kooperative für den Frieden sein wird (s. S. 12).

Der Geschäftsführer von MISEREOR, **Thomas Antkowiak**, schilderte den kolumbianischen Alltags-horror. Er berichtete von Massakern, die das Militär den Paramilitärs in die Schuhe schiebt; vom zweitgrößten Land der Binnenflüchtlinge, in dem ein Fünftel der Bevölkerung 60 Prozent des Einkommens kassiert. Bundespräsident Köhler, ebenfalls anwesend, monierte die hohe Quote bei der Straffreiheit, weil einfach keine Schuldigen gesucht und verurteilt werden. **Dieses Land ist der drittgrößte Empfänger von US-Militärhilfe.** Im Norden des Landes, in der Provinz Antioquia im Grenzgebiet zu Panama, erklärten sich am 27.3. 1997 die 1350 Einwohner des Dorfes San José de Apartadó auf Vorschlag ihres Bischofs, in Anwesenheit von Vertretern verschiedener kolumbianischer NRO und einem Vertreter des Europäischen Parlaments zu einem neutralen Dorf. Die Gründung des Friedensdorfes war ein Akt des Widerstandes der Bauern gegen Vertreibung und Flucht. Insgesamt gibt es heute etwa 50 Friedensgemeinden in Kolumbien. Seit der Gründung 1997 wurden 164 Einwohner aus San José ermordet. Es gab 11 Massaker und zahlreiche selektive Morde. Zeugen, die aus-sagten, waren jeweils die nächsten Opfer. Allein im Jahr 2004 gab es 530 Übergriffe (Morde, Vergewaltigungen, Raub, Drohungen, falsche Beschuldigungen). Beim letzten Massaker im Jahr 2005 wurden acht Bewohner, unter ihnen der Sprecher der Gemeinde und mehrere Kinder, aufgeschlitzt und zerstückelt.

Gildardo Tuberquia, einer der beiden Gesandten der Friedensgemeinde, erläuterte, dass es seiner und den anderen Gemeinden im Wesentlichen um Würde geht. Würde bedeutet Hoffnung, keine Straffreiheit für Verbrecher, Öffentlichkeit herstellen, Wahrheit aussprechen, Lebensraum auch ohne Waffen erhalten, gemeinsam arbeiten und aufbauen, Respekt vor dem Leben aller. Die Friedensgemeinden folgen den Prinzipien:

- keinerlei Unterstützung von oder Kooperation mit bewaffneten Konflikt-Parteien
- friedlicher, gewaltfreier Widerstand
- keine Bewaffneten in den Friedensgemeinden
- keine Drogen (kein Anbau, Handel, Eigennutzung in der Gemeinde)
- kein Alkohol im Friedensdorf
- gegenseitige Hilfe (Produktion, Gesundheit)
- Transparenz innerhalb der Gemeinschaft.

Tuberquia dankte für die Auszeichnung durch großzügige Menschen, die so der ihnen unbekanntem Dorfgemeinschaft zeigten, dass ihr Weg weiter geht und in Erinnerung bleibt. Die Auszeichnung mache diese Menschen zu Partnern (gegen die kolumbianischen Machthaber), anerkenne alle Friedensgemeinden und das gäbe Kraft gegen einen Staat, „der Be-

wusstsein aufkaufen will“. Tags darauf machte er deutlich, was Bistum und Diözesanrat von hier aus für die Verbesserung der Menschenrechtslage in Kolumbien tun können: Sie sollen Einfluss nehmen auf die Kirche vor Ort. Diese solle stärker als bisher zwischen den Konfliktparteien vermitteln, die Friedensgemeinden schützen vor der Gewalt und den Morden bewaffneter Gruppen. Gelegenheit dafür werde die nahende Amtseinführung eines neuen Bischofs in Apartadó geben.

Bei allem Ernst um das Engagement und Leiden der Friedensdörfer schlug das Herz vieler Anwesenden unüberhörbar für den zweiten geehrten, Jupp Steinbusch, weil der 64-jährige Sozialarbeiter aus dem Aachener Raum schon seit 11 Jahren in seinen Ferien einen Kinderzirkus auf die Beine stellt, gemäß dem Leitgedanken von Heinrich Böll: „Frieden ist machbar, Herr Nachbar“. Die ersten Stationen seines Eigenengagements lagen in den ehemaligen Kriegsgebieten Bosnien, Kroatien und Serbien; dann folgte St. Petersburg – auf Einladung der russischen Soldatenmütter - und Belfast/Nordirland. Dabei zeigt er auf seine Weise Kindern und Erwachsenen Wege zu friedlichem Miteinander auf – und das Schöne dabei ist: Er ist ein Öcher Jung (???). Steinbusch erschien in seiner Arbeitskleidung, also im Clownskostüm. In seiner kurzen, launischen Dankesrede machte er verständlich, wie er sein Ziel des Nichtvergessens von traumatisierten Kriegskindern scheinbar mühelos mit Lachen und Spielfreude verbindet.

Der „Bewährungshelfer mit den 1000 Ideen“ schlug am Tag nach der Preisverleihung und nach einem großen Gottesdienst sein Zelt für diese Festgemeinde auf. Seine Philosophie „Tränen, die Du lachst, brauchst Du nicht zu weinen“ überträgt sich leicht. Aber wer ermisst seine Courage – und die der anderen ehrenamtlichen Helfer, als sie bereits ein Jahr nach Kriegsende nach Bosnien fuhren. „Ich bin ein Clown und sammle Augenblicke – so verliert die Vergangenheit ihre Last.“

Übrigens gab es einen besonderen Grund, in diesem Jahr an der Preisverleihung teilzunehmen. Im April 2005 sollte für Conscience and Peace Tax International/CPTI dessen kolumbianisches Vorstandsmitglied Ricardo Esquivia die mündliche Erklärung vor der Menschenrechtskommission verlesen. Zwar konnte er nicht kommen; die Kommission jedoch hörte von CPTI die Klage über die Ermordung von acht Menschen in San José de Apartadó im Februar 05. Dass solch eine Erklärung nicht umsonst ist, erfuhr CPTI durch die Abschlusserklärung des Sitzungspräsidenten, der dieses Massaker verurteilte und von der kolumbianischen Regierung Aufklärung und Verurteilung der Verbrecher forderte.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Kooperation für den Frieden

Die Strategiekonferenz 2008 der Kooperation für den Frieden, in der wir mitarbeiten, wird Freitag/Samstag, 18. - 19. Januar 2008, in Aachen, Forum Ludwig, Jülicher Str. 97-109, stattfinden. Beim Aachener Friedenspreis zu Gast und stark von ihm mitgestaltet wollen wir die Strategiefragen und –entscheidungen der Friedensbewegung für 2008 ff. unter dem Eindruck und vor dem Hintergrund von „Afghanistan“ erarbeiten:

Kein Ausweg aus der militärischen Sackgasse ??

Nach einer Pressekonferenz beginnen wir mit einem öffentlichen Forum (19.00 Uhr) im Forum Ludwig, moderiert von der Aachener Presse und dem WDR. Auf dem Podium die Afghanistan-Experten Christoph Hörstel (ehem. ARD-Korrespondent und Buchautor), Jürgen Rose (Oberst der Bundeswehr, Gewissensverweigerer, Journalist), Katja Maurer (NRO in Afghanistan), Herbert Sahlmann (Beauftragter von CIMIC / Zivil-Militärische Zusammenarbeit) und Andreas Zumach (UNO-Korrespondent, Journalist, Buchautor).

Am Samstag werden, ausgehend von einer geostrategischen Interessenanalyse der am Krieg Interessierten, in Arbeitsgruppen die unterschiedlichen Gesichtspunkte erarbeitet, die einer Entwicklung zum Frieden und zu nachhaltiger Sicherheit im Wege stehen. Vor allem aber soll das Aufgabenfeld der Friedensbewegung in Deutschland für 2008 ff. herausgearbeitet werden.

Wir hoffen auf Beteiligung vieler aus den unterschiedlichen Mitgliedsgruppen der Kooperation. Mit all ihren sich ergänzenden Schwerpunkten und Qualifikationen müssen wir zu präzisen und wirksamen Beschlüssen kommen, wie wir unsere Aufgaben in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik wahrnehmen werden.

Wir laden Sie und Euch schon jetzt zu dieser spannenden Tagung ein, weil unser Gesichtspunkt der Militärsteuerverweigerung, unser Konzept für ein Zivilsteuergesetz, ein wichtiger Klang im Konzert der Kooperation für den Frieden ist.

Michael Held

- 18. -19. 1. 2008** Strategiekonferenz Koop. für den Frieden in Aachen
29. 2. - 2. 3. 2008 Jahrestreffen – 25. jähriges Jubiläum! – in Rotenburg a.d. Fulda
5. 9. - 7. 9. 2008 12. Internationale Konferenz in Manchester/GB
17. - 19. 10. 2008 Herbsttreffen (Arbeitstreffen)

Österreichischer Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter selig gesprochen

In Gegenwart seiner 94 Jahre alten Witwe Franziska und 5000 weiteren Menschen, wurde der Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter am 1. November 2007 in Linz (Österreich) selig gesprochen. Franz Jägerstätter wurde im Alter von 36 Jahren in die deutsche „Wehrmacht“ eingezogen, jedoch weigerte er sich zu dienen. Er wurde in Berlin 1943 exekutiert. Die katholische Kirche im Österreich der 1940er Jahre hatte Franz Jägerstätter für seine Wehrdienstverweigerung verurteilt und jegliche Unterstützung für seine religiös motivierte Weigerung, der deutschen Armee zu dienen, abgelehnt. Papst Benedict XVI hat nun betont, dass Franz Jägerstätter „sein Leben gab für die Werte des menschlichen Wesens.“

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (ECBO) brachte das Schicksal von Kriegsdienstverweigerern des Nazi Terrors an die breite Öffentlichkeit durch die Einweihung eines Gedenksteins im Konzentrationslager Mauthausen (nahe Linz) vor fünf Jahren und eines zweiten in Buchenwald 2004.

Gerd Greune, EBCO



Juristisch völlig einwandfrei.



Impressum:

„Friedenssteuer Nachrichten“ werden herausgegeben von „Netzwerk Friedenssteuer e.V.“, Eduard-Schmid-Str. 26, 81541 München; info@netzwerk-friedenssteuer.de; V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann, verantw. Redakteurin: Gertie Brammer g.bram@freenet.de
 Die „FN“ erscheint zweimal im Jahr. Auflage: 350 Stk. Redaktionsschluss der nächsten FN: 30. 4. 2008